



24. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 4. November 2024, 19:00 Uhr bis 20:42 Uhr
Ort	Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf
Vorsitz	Roger Gallati (FDP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	40 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	-
Protokoll	Friederike Häfeli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzählende	Alexandra Freuler (SP) Marco Lang (Die Mitte/EVP) Sarah Steiner (SVP)



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 23. Sitzung vom 30. September 2024
3. Volksinitiative "Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben"
GR Geschäft Nr. 43/2024
4. Umsetzungsvorlage Volksinitiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen!"
GR Geschäft Nr. 28/2024
5. Projektierungskredit Sanierung und Erweiterung Schulanlage Gockhausen
GR Geschäft Nr. 22/2024
6. Interpellation Daniel Burkhardt und 2 Mitunterzeichnende "Optimierung von Baueingabeprozessen in Dübendorf"
GR Geschäft Nr. 40/2024

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) begrüsst zur 24. Sitzung des Gemeinderates in der Legislaturperiode 2022-2026.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Da zur Traktandenliste keine Änderungsanträge gestellt werden, gilt diese als genehmigt.

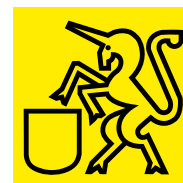
Für die heutige Sitzung hat sich niemand entschuldigt. Es sind somit 40 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Vom Stadtrat hat sich ebenfalls niemand abgemeldet und dieser ist vollzählig.

Seit der letzten Gemeinderatssitzung hat der Stadtrat dem Gemeinderat das Sachgeschäft "Baukredit temporärer Schulraum Sonnenberg" überwiesen.

Das Geschäft wird von der KSG vorberaten.

Es sind Antworten vom Stadtrat auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen: (gemäss SR-Bulletin)

- Schriftliche Anfrage von David Siems (Grüne) zur Antisemitismus-Prävention bei Jugendlichen



- Postulat von Daniel Burkhardt (SVP) und 23 Mitunterzeichnende zur Optimierung von Planungs- und Bauprozessen bei öffentlichen Bauvorhaben in Dübendorf

Die schriftliche Anfrage ist mit der Beantwortung durch den Stadtrat abschliessend behandelt. Die Behandlung des Postulats wird für eine der folgenden Gemeinderatssitzungen traktandiert.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Schriftliche Anfrage von Roland Wüest (SP) zu den Konsequenzen der kantonalen Steuergesetzänderung SV 17 für Dübendorf
- Schriftliche Anfrage von Patrick Walder (SVP) zu den Konsequenzen der kantonalen Steuergesetzänderung SV 17 für Dübendorf II
- Schriftliche Anfrage von Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) zu "Pedibus für Dübendorf"

Die schriftlichen Anfragen sind an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden.

Fraktionserklärungen

David Siems (Grüne)

Vor zwei Wochen hat ein „Saubannerzug“ (Zitat Glattaler) unser Stadtzentrum grossflächig mit den altbekannten Fussball-Graffitis beschmiert. Der Vergleich des Glattalers ist gut gewählt: Die Aktion ist nicht vergleichbar mit vereinzelt Schmierereien von gelangweilten Jugendlichen. Wir haben es mit organisierten Hooligans zu tun, die gezielt Jugendliche zu diesen Reviermarkierungen anstiften und beispielsweise mit Fanartikeln belohnen.

Die Kantonspolizei hat als Antwort auf die jüngsten Massenschlägereien in anderen Zürcher Gemeinden deshalb eine Taskforce Sport gebildet, die gezielt gegen die Hintermänner ermittelt.

Geschätztes Kollegium, liebe Dübendorfer:innen, das ist der einzig effektive Weg, wie man diesem zunehmend eskalierenden Problem ein Ende setzen kann. So wie es jetzt läuft, wird für jeden gefassten Schmierfink einfach ein neuer, strafunmündiger Jugendlicher angestiftet. Die Strukturen dahinter müssen zerschlagen werden. Unterstützen wir die Kapo bei dieser grossen, kantonsweiten Operation mit unseren sachdienlichen Hinweisen.

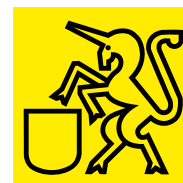
2. **Protokollgenehmigung der 23. Sitzung vom 30. September 2024**

Zum Protokoll von der Gemeinderatssitzung vom 30. September 2024 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. **Volksinitiative "Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben"** **GR Geschäft Nr. 43/2024**

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) erläutert den Ablauf:

"Die Behandlung dieser Volksinitiative im Gemeinderat läuft folgendermassen ab: Zuerst wird uns KRL-Präsidentin Nicole Zweifel (glp/GEU) für die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte das Geschäft und den Antrag vorstellen. Danach können sich weitere KRL-Mitglieder äussern, dann erhält der Stadtrat das Wort. Als nächstes hat dann eine Vertretung des Initiativkomitees der Volksinitiative die Möglichkeit, sich zur Initiative zu äussern. Es wurde im Vorfeld gemeldet, dass Lukas Schanz (SVP) ein Votum als Vertreter des Initiativkomitees abgibt. Da er selbst Mitglied des Gemeinderates ist, entfällt die Abstimmung darüber, ob ihm der Gemeinderat das Wort erteilt. Nach dem Votum des Initiativkomitees findet dann die allgemeine Diskussion statt. Wenn es



keine Einwände gegen dieses Vorgehen gibt, gebe ich jetzt gerne der Kommissionssprecherin das Wort."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Nicole Zweifel (glp/GEU), Sprecherin der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte

Inhalt der Vorlage

"Bei der heute zu behandelnden Vorlage handelt es sich um die Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben».

Der Initiativtext lautet wie folgt:

«Die Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen in ihrer bisherigen Anzahl und Funktion erhalten bleiben.»

Die Begründung des Initiativkomitees lautet:

Zitat:

«Anlässlich der Budgetdebatte an der Sitzung vom 11. Dezember 2023 beschloss der Gemeinderat, CHF 150'000.- in die Umgestaltung des Aderplatzes zu investieren zwecks Aufhebung der dortigen Parkplätze. Dies nachdem er das gleiche Vorhaben 2015 und 2022 noch abgelehnt hatte. Die Parkplätze auf dem Adlerplatz sind beliebt und durchgehen sehr gut belegt. Sie sind für den Handel und das Gewerbe im Dübendorfer Stadtzentrum bedeutsam, da sie für den «raschen Einkauf» im City Center und der Marktgasse stark frequentiert werden, insbesondere auch von Gewerbetreibenden mit Kleinlastern und Lieferwagen, weil diese keine Tiefgarage benützen können. Auf diesem kleinen Areal neben der viel befahrenen Usterstrasse einen Park zum Verweilen zu planen ist lebensfremd. Zudem wurden in jüngster Vergangenheit in unmittelbarer Umgebung neue Parks geschaffen und es sind weitere geplant.»

Zitat Ende.

Zusammengefasst soll gemäss den Initianten kein Geld ausgegeben werden, keine Aufwertung stattfinden und der Parkplatz so wie heute vorhanden und ausgestaltet erhalten bleiben. Vereinfacht gesagt fordert die Initiative also ein «Nichtstun».

Zeitlicher Ablauf der Behandlung der Vorlage

Die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte hat die Vorlage zur Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» Anfang Juli 2024 zur Vorberatung zugewiesen bekommen.

In ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien am 27. August 2024 hat die Kommission das Geschäft erstmals behandelt.

Aufgrund der Beratung wurden dem Stadtrat schriftlich drei grundsätzliche Fragen gestellt, die sich anhand der zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht schlüssig beantworten liessen.

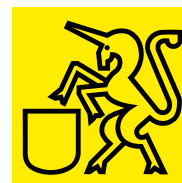
Die Fragen umfassten

1. den Grund für die Gültigerklärung der Initiative,
2. den Grund für die Klassierung der Initiative als allgemeine Anregung und
3. die konkret zu erwartenden Schritte und Ergebnisse der vom Stadtrat aufgezeigten Varianten zum Umgang mit der Initiative und insbesondere des vorgeschlagenen Wegs.

Bereits am 18. September 2024 hat die KRL schriftliche Antworten auf ihre Fragen erhalten. Im Rahmen einer weiteren Sitzung haben am 4. Oktober 2024 Stadtrat Dominic Müller, Stadtschreiber Matthias Vogt und Stadtplaner Reto Lorenzi der KRL für eine vertiefte Besprechung der Fragen zur Verfügung gestanden.

Auf Basis der schriftlichen Antworten und der ergänzenden Erläuterungen aus der Sitzung vom 4. Oktober 2024 hat die KRL das Geschäft am 8. Oktober 2024 weiter beraten und zu Händen des Gesamtrats verabschiedet.

Die zeitliche Dringlichkeit beruht darauf, dass die Volksinitiative "Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben" aufgrund der gesetzlichen Fristen zwingend bis spätestens am 1.



Dezember 2024 im Gemeinderat beraten sein muss. Die letzte Sitzung vor Ablauf dieser Frist ist damit die heutige Sitzung.

Was ist mit der aktuellen Vorlage zu beschliessen?

Mit dem vorliegenden Geschäft ist noch nicht über den Inhalt der Initiative zu beschliessen. Sondern es ist durch den Gemeinderat über die Gültigkeit der Initiative sowie das weitere Vorgehen zu beschliessen. Gemäss dem Beschluss des Gemeinderats wird dann der Stadtrat entsprechend eine Vorlage für den Umgang mit dem Inhalt der Initiative ausarbeiten. Im Rahmen dieser zweiten Vorlage zur Initiative wird der Gemeinderat dann über den eigentlichen Inhalt der Initiative befinden. Darauf folgt eine entsprechende Volksabstimmung.

Beratung der Kommission

Form der Initiative

Bei der Initiative handelt es sich um eine allgemeine Anregung – auch wenn sie konkrete Zahlen enthält, da nicht genau festgelegt ist wie und wo die formulierte Forderung verankert werden soll. Es handelt sich dabei nicht um eine Initiative in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs wie das bei der letzten Initiative betreffend preisgünstigen Wohnraum der Fall war. Diese Initiative verlangte eine direkte Anpassung der Gemeindeordnung.

Wie kann die Initiative umgesetzt werden?

Die Initiative in Form der allgemeinen Anregung verlangt bezogen auf den Adlerplatz ein Nichtstun, d.h. den Erhalt der bisherigen Situation, d.h. der bestehenden Parkierungsanlage, ohne weitere Investitionen für mögliche Aufwertungsmassnahmen. Es stellt sich daher die grundsätzliche Frage wie ein derartiges «Nichtstun» rechtlich verankert werden kann.

Die Form der Umsetzung einer als allgemeine Anregung formulierten Initiative ist gemäss den rechtlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu bestimmen:

- Das Anliegen der Initiative kann keine Kreditvorlage zur Folge haben. Die Initianten fordern ja eben genau, dass keine Gelder investiert werden.
- Das Anliegen ist ebenso wenig in der Gemeindeordnung oder einer sonstigen direkt anwendbaren rechtlichen Grundlage der Stadt verankerbar. Dies wäre nicht stufengerecht.
- Im Fall der vorliegenden Initiative ist der Stadtrat daher zum Schluss gekommen, dass die einzig mögliche Form für die Umsetzung der Initiative ein behördenverbindlicher Eintrag im kommunalen Richtplan ist.

Die Mehrheit der Mitglieder der KRL kann diese Einschätzung nachvollziehen und stützt den Vorschlag des Stadtrats. Eine Minderheit der Mitglieder der KRL sieht keinen Bedarf für eine Handlung oder Festlegung jeglicher Art und möchte lediglich die Vorlage zur Abstimmung bringen.

Gültigkeit der Initiative

Während der Beratung stellte sich in der Kommission die Frage, ob eine Anzahl Parkplätze überhaupt eine Initiativfähige Festlegung ist. Diese Frage wurde aufgrund der angestrebten Art und Weise der Umsetzung der Initiative – nämlich einem Richtplaneintrag – bejaht. In vergleichbaren Dokumenten wie beispielsweise dem regionalen Richtplan Glatttal finden sich vergleichbare Festlegungen.

Die Kommission folgt daher einstimmig dem Antrag des Stadtrats, die Initiative für gültig zu erklären.

Varianten zum Umgang mit der Initiative

Der Stadtrat hat in seinem Antrag die möglichen Varianten zum Umgang mit der Initiative in Form einer allgemein formulierten Übersicht aufgezeigt und seine Variantenwahl begründet. Die Begründung konnte seitens der KRL nach der Sitzung mit den Vertretern von Stadtrat und Verwaltung und entsprechenden zusätzlichen Erläuterungen nachvollzogen werden.

Der Stadtrat teilt das Anliegen der Initianten zum Teil. Er anerkennt die Anliegen der Initianten für den schnellen Einkauf vorab des Gewerbes. Eine Umgestaltung des Adlerplatzes sieht er jedoch



ebenfalls als ein berechtigtes Anliegen an und wertet es als wichtig für die Stadtentwicklung Dübendorfs. Entsprechend ist der Zweck der Initiative, eine Zementierung der aktuellen Situation auf unbestimmte Zeit, nicht im Sinne des Stadtrats.

Entsprechend lehnt der Stadtrat die Initiative ab. Da er wie erwähnt jedoch gewisse Anliegen der Initianten teilt, schlägt er vor, einen Gegenvorschlag zur Initiative zu machen.

Für einen Gegenvorschlag gibt es zwei mögliche Wege:

- A. Ein Gegenvorschlag im vorliegenden Geschäft kann ein direkter Gegenvorschlag zur Initiative sein: D.h. dem Initiativbegehren in Form des Satzes «Die Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen in ihrer bisherigen Anzahl und Funktion erhalten bleiben.» wird eine gleichartige Formulierung, d.h. ein ebenfalls in Form einer allgemeinen Anregung formulierter Satz gegenübergestellt.

Würde der Gemeinderat heute dieser Variante/diesem Vorgehen zustimmen, so würde der Stadtrat

1. Einen entsprechenden Gegenvorschlag ausarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung unterbreiten.
2. Würde der Gegenvorschlag vom Rat angenommen, so stünden in der Volksabstimmung zwei allgemein formulierte Sätze gegenüber verbunden mit einer Stichfrage, welcher Variante bei zweifacher Zustimmung der Vorzug gegeben würde.
3. Würde der Gegenvorschlag vom Rat abgelehnt, so würde nur über die Initiative in ihrer Form als allgemeine Anregung abgestimmt.

- B. Ein Gegenvorschlag kann eine Umsetzungsvorlage sein:

D.h. für die Initiative würde eine direkte Umsetzungsvorlage ausgearbeitet und für den Gegenvorschlag ebenfalls. Der Stadtrat sieht als einzige Möglichkeit der Verankerung des Anliegens der Initianten wie erwähnt einen entsprechenden Eintrag im kommunalen Richtplan. Es würde also zur Umsetzung der Initiative im kommunalen Richtplan behördenverbindlich festgeschrieben, dass auf dem Adlerplatz eine Parkierungsanlage vorzusehen ist mit der heutigen Anzahl PP. Eine Umsetzungsvorlage als Gegenvorschlag würde demgegenüber einen Richtplaneintrag vorsehen, der gemäss den im Antrag ausgeführten Absichten des Stadtrats formuliert ist.

Stimmt der Gemeinderat heute dieser Variante/diesem Vorgehen zu, so würde der Stadtrat

1. Eine Umsetzungsvorlage für die Initiative in Form eines passenden Richtplaneintrags ausarbeiten sowie gleichzeitig als Gegenvorschlag einen Richtplaneintrag gemäss den dargelegten Absichten des Stadtrats.
2. Würde die Umsetzungsvorlage als Gegenvorschlag vom Gemeinderat angenommen, so stünden in der Volksabstimmung zwei konkrete Richtplantexte gegenüber, verbunden mit einer Stichfrage, welcher Variante bei zweifacher Zustimmung der Vorzug gegeben würde.
3. Würde der Gegenvorschlag vom Gemeinderat abgelehnt, würde - falls von der Gemeinderats-Mehrheit angenommen - die Umsetzungsvorlage - also ein Richtplaneintrag - umgesetzt werden. In diesem Fall würde die Umsetzungsvorlage dem fakultativen Referendum unterstehen.
4. Würden sowohl die Umsetzungsvorlage zur Initiative wie auch der Gegenvorschlag abgelehnt, so käme der ursprüngliche Initiativtext zur Abstimmung.

Beratung in der KRL

Die Initiative möchte den heutigen Zustand auf dem Adlerplatz konservieren und legt in ihrer Begründung der Initiative dar, dass aufgrund der Beliebtheit und guten Frequentierung des Parkplatzes keine Gelder in Überlegungen zu einer Umgestaltung des Adlerplatzes aufgewendet werden sollen. Unabhängig davon, ob die Mitglieder der KRL einer späteren konkreten Lösung für eine Umgestaltung zustimmen würden oder nicht, ist die Mehrheit der Mitglieder gegen ein solches «Denkverbot». Die Mehrheit der KRL stützt die Haltung des Stadtrats, dass sowohl das Anliegen einer kurzzeitigen oberirdischen Parkierung insbesondere für das Gewerbe wie aber auch die Aufwertung des Adlerplatzes wichtige Anliegen sind. Es soll daher die Möglichkeit genutzt werden, entsprechende Lösungen, die beide Anliegen berücksichtigen, zu prüfen.



Die Mehrheit der KRL ist daher der Meinung, dass der Initiative ein Gegenvorschlag gegenüber gestellt werden soll.

Wie vorgängig dargelegt, bestehen zwei mögliche Wege zur Unterbreitung eines Gegenvorschlages. Die Mehrheit der Mitglieder der KRL sehen in der Gegenüberstellung einer allgemeinen Anregung einer anderen allgemeinen Anregung das Risiko, dass durch die Unschärfe der Formulierungen und der zu dem Zeitpunkt unklaren Umsetzung in der Volksabstimmung der Wille der Bevölkerung nicht ausreichend klar abgeholt werden kann. Mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage zur Initiative sowie als Gegenvorschlag liegen hingegen nach deren Ausarbeitung konkrete Inhalte vor, zu denen sich Gemeinderat und Bevölkerung äussern können.

Die Mehrheit der Mitglieder der KRL stützt daher den Antrag des Stadtrats zur Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage sowohl für die Initiative wie auch für den Gegenvorschlag.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat nebst dem Auftrag zur Erarbeitung eines Umsetzungsvorschlages zur Initiative und eines Gegenvorschlags auch noch die Ablehnung der Initiative. Gemäss Art. 133 Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Rechte ist bei Initiativen in Form einer allgemeinen Anregung eine der vier folgenden Varianten zu beschliessen:

- a. Ablehnung der Initiative
- b. Ablehnung der Initiative und Zustimmung zum beantragten Gegenvorschlag
- c. Zustimmung zur Initiative und Zustimmung zum beantragten Gegenvorschlag
- d. Ausarbeitung einer ausformulierten Vorlage (Umsetzungsvorlage) die der Initiative entspricht, mit oder ohne Gegenvorschlag dazu.

Mit dem Antrag zur Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage und einem Gegenvorschlag dazu wird die Variante d. beantragt. Diese Variante wird auch in Antrag und Weisung des Stadtrats ausgeführt. Zusätzlich beantragt der Stadtrat gemäss Beschlussdispositiv auch noch die Variante b., nämlich eine Ablehnung der Initiative. Rechtlich ist kein Antrag zu zwei Varianten möglich.

Infolge der Beratung der KRL und der mehrheitlichen Zustimmung zur Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage und eines Gegenvorschlags beantragt die KRL daher die ersatzlose Streichung der Beschlussziffer 2 gemäss Antrag des Stadtrats.

Antrag der Kommission

Die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte beantragt somit dem Gemeinderat mehrheitlich:

1. *Die Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» wird für gültig erklärt.*
2. **Ersatzlose Streichung folgender Beschlussziffer 2 gemäss Antrag Stadtrat:**
Die Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» wird abgelehnt.
3. *Der Stadtrat wird mit der Ausarbeitung einer ausformulierten Vorlage (Umsetzungsvorlage), die der Initiative entspricht, sowie mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags dazu beauftragt.*

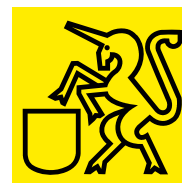
Besten Dank für die Zustimmung zu den Anträgen der KRL."

Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

"Der Stadtrat bedankt sich bei der KRL, für die gewissenhafte Prüfung des Antrages. War es doch die KRL, die noch einen Mangel beim Beschlussdispositiv aufgedeckt hat.

Der Stadtrat anerkennt den Zweck der Initiative, oberirdische Parkplätze für den schnellen Einkauf im Zentrum zur Verfügung zu stellen. Im Wissen, dass mittelfristig eine Sanierung des Adlerplatzes ansteht hält der Stadtrat jedoch auch an seinem Anliegen fest, den Adlerplatz einer Aufwertung und Umgestaltung zu unterziehen.

Damit man innert nützlicher Frist zu einem konkreten Ergebnis kommt beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, den SR mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage zur Initiative und zum Gegenvorschlag zu beauftragen, in dem alle Bedürfnisse und Anregungen aufgenommen und



widerspiegelt werden. Zu diesem Zweck hat der Stadtrat die Eckwerte des Gegenvorschlages versucht abzustecken:

1. 16-23 Parkplätze inkl. neu mit zwei Kurzzeitparkplätzen für Gewerbe und Güterumschlag, allerdings neu angeordnet.
Böse Zungen behaupten, dass es bei dieser Vorgabe am Ende sowieso nur noch 16 Parkplätze hat. Ich denke, dass wir dieser Diskussion nicht vorgreifen sollten sondern abwarten, was uns die Fachplaner für ein Ergebnis präsentieren.
2. Die gesamte Erscheinung des Adlerplatzes soll ökologisch und klimagerecht aufgewertet werden.
3. Ebenfalls miteinbezogen werden soll die Adlerstrasse.
Das heisst, dass die Adlerstrasse nicht autofrei und ein Park werden soll, sondern die Adlerstrasse kann in die Planung für die Anordnung von allfälligen Parkplätzen miteinbezogen werden. Wie zum Beispiel eine einseitige Längsparkierung.

Mit diesen Vorgaben ist der Stadtrat überzeugt, dass wir in allen Belangen eine grosse Aufwertung des Adlerplatzes erreichen werden.

Mit dem Antrag der KRL, die Ziffer 2 im Beschluss zu streichen, ist der Stadtrat einverstanden.

Unter dieser Prämisse bittet der Stadtrat den Gemeinderat dem Antrag der KRL und dem Stadtrat zu folgen und der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage für die Initiative sowie für den Gegenvorschlag zuzustimmen."

Lukas Schanz, Vertreter des Initiativkomitees

"Als Vertreter vom Initiativkomitee darf ich euch die Volksinitiative "Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben" vorstellen.

Ich glaube, ich muss nicht im Detail erklären, was die Initiative bezwecken soll, der Titel und die Forderung sind sehr klar – bzw. habe ich dies zumindest bis zum Referat der KRL-Präsidentin gedacht. Auch haben wir im Gemeinderat ja mehrmals über die Parkplätze abgestimmt, was uns dazu bewegt hat, diese Initiative zu lancieren.

Für das breit abgestützte Initiativkomitee, es sind Vertreter der SVP, die Mitte, FDP, Aufrecht, EVP und dem GHI im Komitee, ist es klar, dass die Parkplätze sowohl für die Bevölkerung als auch für das Gewerbe von höchster Bedeutung sind. Das hat man auch beim Unterschriftensammeln gespürt, es sind extra Leute an die Standaktion gekommen, nur um die Initiative zu unterschreiben. So etwas habe ich davor noch nie erlebt. Innerhalb einer Woche hatten wir schon rund 500 Unterschriften zusammen und konnten dem Stadtrat innerhalb von weniger als einem Monat 577 gültige Unterschriften übergeben. An dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön an alle, die sich an der Unterschriftensammlung beteiligt haben.

Ich glaube es wäre gegenüber der Dübendorfer Stimmbevölkerung mehr als fair, wenn man die Initiative – so wie sie vorliegt – zur Abstimmung unterbreiten würde. Dann wüssten wir ein für alle Mal, was die Bevölkerung mit dem Platz tun möchte, und wir müssten nicht immer wieder darüber abstimmen. Dies wäre dann auch in Bezug auf andere Parkplätze klar. Man weiss ja nie, was der Stadtrat noch so alles plant. Es wäre nicht zielführend, wenn wir für jeden Parkplatz eine Volksinitiative machen müssten.

Ich weiss, es fällt einigen Parteien und einzelnen Vertretern von bürgerlichen Parteien schwer zu akzeptieren, dass es im Gemeinderat Personen gibt, die besser als sie verstehen, was die Bevölkerung von Dübendorf in Verkehrsfragen will. Aber genau darum kann man die Bevölkerung in einer Volksabstimmung befragen, so wie wir das auch bei Tempo 30 gemacht haben. Und es ist mir auch bewusst, dass es einem schwer fällt, wenn die Bevölkerung gegen die eigenen Ideologien stimmt. Aber in einer funktionierenden Demokratie hat man das zu akzeptieren und muss es nicht mit irgendwelchen «Buebetrickli» umgehen wollen.

Am Schluss möchte ich dem Stadtrat noch den Hinweis geben, wenn ihr die Parkplätze beim Adlerplatz abschaffen oder reduzieren möchtet, dann fallen auch 23 (oder entsprechend weniger) Parkplätze der «Badi» weg. Denn gemäss dem Verkehrsgutachten, das wir für den Bau des



Hallenbads haben erstellen lassen, gehören diese Parkplätze in den Perimeter, in dem es für die «Badi»-Gäste zumutbar sei, zu parken. Ich glaube das habt ihr nicht berücksichtigt und vielleicht merkt ihr jetzt selbst, wie schwierig dieses Gutachten ist. Aber da müsst ihr euch jetzt darauf behaften lassen.

Wenn es euch tatsächlich darum gehen würde, einen schönen Park für die Bevölkerung zu machen, wieso macht man das nicht beispielsweise zwischen der SOCAR und der Oberen Mühle, dort wo Skulpturen einsam auf einer Wiese stehen oder direkt neben der Oberen Mühle, wo es einen kargen Kiesplatz hat. So würden keine Parkplätze wegfallen und die Bevölkerung hätte einen schönen Park, der nicht direkt an einer Hauptstrasse liegt.

In diesem Sinne danke ich allen, die dieser Initiative zustimmen und ein Gespür für die Anliegen der Dübendorfer Bevölkerung und dem Gewerbe haben."

Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

"Wie Sie alle wissen, ist der Versuch, den Adlerplatz in einen Park, besser gesagt, ein «Pärkli» zu verwandeln, eine Idee von linksgrünen Kreisen, welche bei diesen schon lange beliebt ist. Unser Stadtrat, welcher dieser Idee auch immer sehr zugeneigt war, versuchte schon 2015, im Budget der Investitionsrechnung für das folgende Jahr einen Kredit zu platzieren, welcher zur Umgestaltung des Adlerplatzes und zur Aufhebung der dortigen Parkplätze hätte führen sollte. Auch ein Postulat der GLP aus dem Jahr 2022 versuchte das gleiche zu erreichen, nämlich die Parkplätze aufzuheben und in einen Park zu verwandeln. Bis dahin wurden alle diese Versuche im Gemeinderat im Keim erstickt, da diejenigen Fraktionen in der Mehrheit sind, nämlich SVP, FDP und Mitte, welche für unser Gewerbe eintreten, und sich im Klaren sind, was die Mehrheit der Bevölkerung von Dübendorf wünscht. Solche gewerbefeindlichen und autofeindlichen Ideen sind in Dübendorf nicht mehrheitsfähig. Dies wäre auch noch anfangs dieser Legislatur so gewesen, doch im Dezember 2023, als unser Stadtrat wieder einen Versuch startete, im Investitionsbudget dieses Ansinnen durchzubringen, hatte es in der FDP-Fraktion Wechsel gegeben und auch der FDP-Präsident vollzog einen 180 Grad-Schwenker. So kam es zu dieser knappen Entscheidung und mit 20:19 Stimmen wurde der Kredit zur Umgestaltung des Adlerplatzes angenommen. Die SVP war vorgewarnt und konnte an dieser Budgetsitzung die Lancierung der Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» ankündigen. Zwölf Mitglieder des Initiativkomitees reichten anfangs Februar 2024 die Volksinitiative ein. Darunter waren der Präsident des Gewerbe-, Handels- und Industrievereins GHI Dübendorf und Gemeinderatsmitglieder aus fünf der acht Parteien des Gemeinderats Dübendorf. Wir wussten, dass es nicht schwer sein würde, die Unterschriften zusammen zu bekommen. Doch der Erfolg war sensationell. Innert einer Woche hatten wir schon 500 Unterschriften zusammen und nach nicht einmal einem Monat nach dem Start der Unterschriftensammlung reichten wir die Initiative ein. Ich gehe davon aus, dass dies bei unserem Stadtrat schockartig zur Erkenntnis geführt hat, dass er die Dübendorfer Bevölkerung wie schon bei der Tempo 30 Thematik völlig falsch eingeschätzt hat. Man muss sich halt nicht nur vor Wahlen mit den Einwohnern unterhalten, sondern die eigene Blase einmal verlassen, um sich ein Bild bei der Bevölkerung zu machen. Diese späte Erkenntnis hat wenigstens dazu geführt, dass der Stadtrat sein schöngestimmtes Bild von Dübendorf, welches er vor sich hergetragen hat, aber nichts mit der Realität zu tun hatte, aufgegeben hat. In seinem Gegenvorschlag, welcher er uns vorlegt, sind wenigstens noch 16 Parkplätze vorhanden. Das ist immerhin ein Anfang des Umdenkens. Doch die Dübendorfer Bevölkerung will alle 23 Parkplätze behalten. Und aufgrund unserer angespannten finanziellen Verhältnisse will sie auch keinen unnötigen Umbau, welche einen Millionenbetrag verschlingt, sondern ist mit der heutigen Situation zufrieden. Dies auch deshalb, weil der Platz genügend begrünt ist. Aus diesem Grund unterstützt die SVP die Ausarbeitung einer ausformulierten Umsetzungsvorlage, die der Initiative entspricht, lehnt aber die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags dazu ab. Interessant im Hinblick, wie das Abstimmungsverhältnis an der Budgetsitzung vom Dezember 2023 zustande gekommen ist, ist die Tatsache, dass in Dübendorf bis jetzt nur eine Partei zu der Volksinitiative «Parkplätze auf dem



Adlerplatz müssen erhalten bleiben» eine Parole beschlossen hat. Bei Einreichung dieser Volksinitiative hat die FDP Dübendorf an ihrer Parteiversammlung beschlossen, die Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» zu unterstützen. Es wird interessant sein, wie der Präsident dieser Partei das Verdikt seiner Vorgesetzten, nämlich seiner Parteibasis, umsetzt. Die Gründe, wieso diese Parkplätze auf dem Adlerplatz erhalten werden müssen, hat schon der Erstunterzeichner, Lukas Schanz erklärt. Darum muss ich dies nicht noch einmal wiederholen. Dass hinter dieser Volksinitiative alle bürgerlich gesinnten Einwohner und auch das Gewerbe von Dübendorf stehen, müsste auch jedem klar sein. Am Schluss bleibt mir nur noch einen Antrag zu stellen. Ich beantrage im Namen der SVP den Antrag des Stadtrats so abzuändern, dass der Ausarbeitung einer ausformulierten Umsetzungsvorlage, die der Initiative entspricht, zugestimmt wird und auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags verzichtet wird. In diesem Sinne bitte ich die Mitglieder des Gemeinderats, diesen Antrag zu unterstützen."

Gemeinderatspräsident Roger Gallati weist darauf hin, dass Orlando Wyss (SVP) diesen Änderungsantrag bereits vor der Gemeinderatssitzung dem Ratsbüro schriftlich eingereicht hat und dass im Anschluss an die Diskussion somit darüber abgestimmt wird.

Leandra Columberg (SP)

"Die SVP-Initianten dieser Initiative waren mit einem Gemeinderatsentscheid zur Umgestaltung des Adlerplatzes nicht einverstanden. Die als Reaktion darauf entstandene Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» scheint etwas vorschnell und unsorgfältig ausgearbeitet worden zu sein.

Nach §120 Abs. 3 des Gesetzes über die politischen Rechte» ist vorgesehen, dass eine Initiative in Form einer „Allgemeinen Anregung“ ein Begehren lediglich umschreibt. Ihr Konkretisierungsgrad unterscheidet sie von der Initiative in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs.

Die vorliegende Initiative fordert folgendes: «Die Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen in ihrer bisherigen Anzahl und Funktion erhalten bleiben». Ja, geschätzte Anwesende, ich würde sagen, dass diese Initiative einen sehr hohen Konkretisierungsgrad hat. Sie hätte also korrekterweise in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht werden müssen. Es ist zwar nicht so, als ob dies unverzeihbar wäre, ich möchte aber dennoch festhalten, dass ich, gerade von der SVP als grösste Partei in diesem Parlament etwas mehr parlamentarische Sorgfalt erwartet hätte. Nun denn, im Sinne von «in dubio pro populo» wird die SP der Gültigkeit der Initiative – trotz sehr unsorgfältiger Ausarbeitung – zustimmen.

Eine Initiative muss im Falle der Annahme durch das Volk auf irgendeine Weise gesetzlich umsetzbar sein. Ich habe nun immerhin gehört, dass uns ein neuer Änderungsantrag vorgestellt wird, da es bisher unklar war, was die SVP überhaupt mit dieser Initiative erreichen möchte, denn wir können ja nicht einfach ein «Nichtstun» beschliessen. Deshalb müsste man eine Umsetzungsvorlage ausarbeiten und die einzige einleuchtende Möglichkeit wäre, den Parkplatz auf dem Adlerplatz in einem Richtplaneintrag festzuhalten. Die exakte Anzahl Parkplätze in einem Richtplaneintrag zu regeln ist zwar unüblich und nur mässig sinnvoll, sollte aber grundsätzlich zulässig sein.

Die SP lehnt die Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten werden» ab. Wir halten die Erhaltung dieser Parkplätze mitten in der Stadt angesichts der Tatsache, dass es im Zentrum alles andere als einen Mangel an alternativen Parkierungsmöglichkeiten gibt, für nicht zeitgemäss. Die Errichtung eines begrünten Parks beim Adlerplatz hingegen ist im Sinne eines belebten und ansprechenden Stadtzentrums.

Auch vom Gegenvorschlag des Stadtrates, der zwar immerhin eine Begrünung und eine sehr bescheidene Reduktion der Parkplätze vorsieht, sind wir nicht begeistert. Denn auch wenn es ein bisschen grüner ist und ein paar Parkplätze weniger hat, ist der Adlerplatz dann wohl kaum ein ansprechender Park, in dem etwa Kinder spielen und Menschen sich entspannt aufhalten können, während links und rechts Autos parkieren.



Die SP ist also inhaltlich weder für die Initiative noch für den Gegenvorschlag des Stadtrates. Wir sind aber der Meinung, dass eine Abstimmung über zwei ausformulierte Vorlagen sinnvoller und demokratischer ist als die Abstimmung über eine Initiative ohne Umsetzungsvorschlag. Dadurch kann die Stimmbevölkerung sich klarer für oder gegen ein konkretes Vorgehen aussprechen. Die SP wird daher den Anträgen der KRL-Mehrheit zustimmen."

David Siems (Grüne)

"Die Grünen folgen in allen Punkten der Kommission für Raumplanung und Landgeschäfte (KRL): Die Initiative Adlerplatz fordert den Erhalt der 23 PKW-Parkplätze «in Umfang und Funktion». Diese Forderung wäre in Form eines Richtplaneintrages umsetzbar. Darum halten wir die Initiative für gültig, auch wenn wir sie natürlich nicht unterstützen.

Die ausgearbeitete Umsetzungsvorlage an die Urne zu bringen statt der Initiative ist aus unserer Sicht opportun. So kann das Verfahren bei einem Ja verkürzt und ein allfälliger zweiter Urnengang eingespart werden. Für die Stimmberechtigten ist zudem transparent, wozu sie Ja oder Nein sagen.

Zu guter Letzt entspricht es aus Sicht der Grünen einem gut Schweizerischen Kompromiss, der Bevölkerung neben «Ja» und «Nein» einen Gegenvorschlag als dritte Option anzubieten.

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch bei Annahme der Initiative Massnahmen zur Hitzeminderung und Bodenentsiegelung möglich bleiben: Der Asphalt kann durch einen regendurchlässigen Belag ersetzt und die Begrünung aufgewertet werden. Beides sind notwendige Antworten auf die Folgen des menschengemachten Klimawandels."

Helena Boss (glp/GEU)

"Die glp/GEU unterstützt den Antrag der KRL auf Gültigerklärung der Volksinitiative, auf ersatzlose Streichung von Beschlussziffer 2 des Stadtratsantrages und auf Ausarbeitung zweier Umsetzungsvorlagen durch den Stadtrat.

Die Grünliberalen lehnen das Anliegen der Initianten ab, wonach der Adlerplatz auf unbestimmte Zeit, d.h. auf Jahre oder Jahrzehnte, unverändert bestehen bleiben soll. Veränderungen im Rahmen des vom Stadtrat in seiner Weisung umrissenen Gegenvorschlags müssen möglich sein; sie sind wichtig für die Stadtentwicklung von Dübendorf und auch für die Umsetzung von Aufgaben und Zielen wie Biodiversität und Klimaschutz. Gerade in Städten wird die zunehmende Klimaerwärmung vermehrt zu unerträglichen Hitzetagen führen, was z.B. gestalterische Massnahmen gegen eine Überhitzung von Plätzen erfordern kann.

Es geht in der heutigen Gemeinderatssitzung aber nicht darum, über solche konkreten Massnahmen oder Veränderungen des Adlerplatzes zu beschliessen. Es geht darum, für die weitere Behandlung der Volksinitiative einen Weg einzuschlagen, bei dem auch über andere Anliegen als ausschliesslich über eine maximale Anzahl von Parkplätzen diskutiert und entschieden werden kann. Indem wir heute den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage sowohl für die Initiative als auch für einen Gegenvorschlag beauftragen, geben wir auch guten, problemorientierten und zukunftsgerichteten Ideen eine Chance."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Gültigkeit

Gemeinderatsmitglied Rafa Tajouri (FDP) war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal anwesend.

Der Gemeinderat erklärt die Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» mit 38 zu 0 Stimmen für gültig.



Änderungsantrag 1

*** Gemeinderatsmitglied Rafa Tajouri (FDP) ist nun zurück im Ratssaal. ***

Der Gemeinderat nimmt den ersten Änderungsantrag der KRL zur ersatzlosen Streichung der Beschlussziffer 2 im Beschlussdispositiv mit 39 zu 0 Stimmen an.

Änderungsantrag 2

Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag von Orlando Wyss (SVP) zum Verzicht auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur Umsetzungsvorlage der Volksinitiative mit 26 zu 13 Stimmen ab.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der Gemeinderat der Volksinitiative "Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben" unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung mit 39 zu 0 Stimmen zu. Der Stadtrat wird somit mit der Ausarbeitung einer ausformulierten Vorlage, welche der Volksinitiative entspricht, sowie mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags beauftragt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

1. Die Volksinitiative "Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben" wird für gültig erklärt.
2. Der Stadtrat wird mit der Ausarbeitung einer ausformulierten Vorlage (Umsetzungsvorlage), die der Initiative entspricht, sowie mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags dazu beauftragt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

4. Umsetzungsvorlage Volksinitiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen!" GR Geschäft Nr. 28/2024

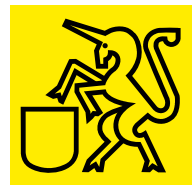
Gemeindepräsident Roger Gallati (FDP) erläutert den Ablauf:

"Die Behandlung der Umsetzungsvorlage dieser Volksinitiative im Gemeinderat läuft folgendermassen ab: Als Erstes wird uns Thomas Maier (glp/GEU) das Geschäft und den Antrag der GRPK vorstellen. Danach können sich weitere GRPK-Mitglieder äussern und dann erhält der Stadtrat das Wort. Anschliessend hat Patrick Walder (SVP) als Vertretung des Initiativkomitees der Volksinitiative die Möglichkeit, sich zur Initiative zu äussern. Da er selbst Mitglied des Gemeinderates ist, entfällt die Abstimmung darüber, ob ihm der Gemeinderat das Wort erteilt. Nach dem Votum des Initiativkomitees findet dann die allgemeine Diskussion statt. Wenn es keine Einwände gegen dieses Vorgehen gibt, gebe ich jetzt gerne dem Kommissionssprecher das Wort."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Thomas Maier (glp/GEU), Sprecher der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

"Gerne stelle ich ihnen kurz das Geschäft zur Umsetzungsvorlage der Volksinitiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen" vor und fasse die Beratungen ihrer GRPK zusammen. Da wir in dieser Sache voraussichtlich ein zweites Mal eine Volksabstimmung haben werden, werde ich als kleine



Erinnerung im Sinne von "was bisher geschah" etwas ausführlicher als üblich auf die Ausgangslage eingehen.

Zur Ausgangslage

Wir haben am 18. Juni im letzten Jahr an der Urne über die Initiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen" abgestimmt und diese mit 54.23 % Ja-Stimmen angenommen. Zur Erinnerung: Die Initiative ist in Form der allgemeinen Anregung abgefasst und lautet wie folgt und fordert, dass alle Vorlagen, die signalisierte, respektive markierte Temporeduktionen beinhalten, dem Gemeinderat als referendumsfähige Beschlüsse vorzulegen sind, unabhängig von der Höhe der dafür benötigten Investitionen. Diese Bestimmung soll für das gesamte Strassennetz der Gemeinde Dübendorf Gültigkeit haben.

Der Stadtrat legt uns nun fristgerecht eine Umsetzungsvorlage vor. Der Gegenstand dieser Umsetzungsvorlage muss gemäss § 138a GPR dem Gegenstand der Volksinitiative entsprechen.

Der Stadtrat hat bereits im September 2023 einem ersten Entwurf der Umsetzungsvorlage zugestimmt. Gleichzeitig hat er beschlossen, den Entwurf Vertretenden des Initiativkomitees sowie sämtlichen Fraktionen zu präsentieren und zu diskutieren – im Sinne einer Vernehmlassung. Die Vertretenden waren mit dem Entwurf der Umsetzungsvorlage einverstanden. Vor gut einem Jahr wurde der Entwurf beim Gemeindeamt des Kantons Zürich zur Vorprüfung eingereicht. Dieser Vorprüfungsbericht ging Anfang 2024 ein. Die Anpassungsvorschläge gemäss diesem Vorprüfungsbericht wurden in der nun vorliegenden Umsetzungsvorlage berücksichtigt. Die nachfolgende Umsetzungsvorlage wurde den Vertretenden des Initiativkomitees sowie sämtlichen Fraktionen erneut präsentiert, was wiederum auf Zustimmung stiess. Im April 2024 wurde die Umsetzungsvorlage beim Gemeindeamt des Kantons Zürich zu einer zweiten Vorprüfung eingereicht. Der zweite Vorprüfungsbericht ist Ende April 2024 eingegangen. Darin wird festgehalten, dass aus gemeinderechtlicher Sicht nichts gegen die nun vorliegende Umsetzungsvorlage spricht.

Ein Teil der Anpassung bezieht sich auf die Formulierung, dass diese Bestimmung für das gesamte Strassennetz der Gemeinde Dübendorf Gültigkeit haben soll. Ich erspare ihnen die Auflistung der Detailabklärungen mit allen zitierten Paragraphen. Davon wird es einem fast schwindlig. Sie können alles in der Weisung vom Stadtrat entsprechend nachlesen. Im Resultat führt es dazu, dass wegen unterschiedlicher Zuständigkeiten (Kanton, Gemeinde), sich die Initiative nur auf "Gemeindestrassen" beziehen kann, denn darüber können wir hier in der Gemeinde selbst entscheiden.

Weiter führt der Stadtrat in der Weisung aus, dass zeitlich befristete Temporeduktionen (z.B. bei Baustellen, bei Veranstaltungen oder ausserordentlichen Ereignissen) mit der Initiative nicht mitgemeint sein können.

Ebenso bezieht sich die Initiative ausschliesslich auf "Temporeduktionen". Verkehrsanordnungen auf Gemeindestrassen, welche eine Tempoerhöhung bezwecken, erfolgen also unverändert durch den Stadtrat.

Im Kern geht es damit bei Temporeduktionen nicht nur um eine reine Rechtsanwendung wie beispielsweise bei Baubewilligungen, sondern es können vielmehr auch politische Überlegungen für die Anordnung einer Temporeduktion sprechen. Dazu kommt, dass die Gemeinde ihre Angelegenheiten im Rahmen des übergeordneten Rechts selbständig ordnen kann und es insofern zulässig sein muss, dass die Gemeindeordnung die Frage des Entscheids über die Antragstellung einer Temporeduktion dem Gemeinderat zuweist. In diesem Sinne ist es also möglich, die GO dahingehend zu erweitern, dass eine Antragstellung vom Gemeinderat zu beschliessen ist. Tempo-30-Zonen können sodann auch im kommunalen Verkehrsrichtplan festgelegt werden, wofür in Dübendorf der Gemeinderat zuständig ist (Art. 16 Ziff. 1 GO). Die Volksinitiative bezweckt, dass alle Vorlagen, die signalisierte, respektive markierte Temporeduktionen beinhalten, unabhängig von deren Kredithöhe zwingend dem Gemeinderat mittels referendumsfähiger Beschlüsse vorzulegen sind. Die Volksinitiative zielt somit darauf ab, eine Änderung von Art. 11 oder 12 GO vorzunehmen, wo die entsprechenden Rechte des Gemeinderates beschrieben sind und in der Folge Art. 12 GO betreffend



fakultatives Referendum zur Anwendung kommen könnte. Der Stadtrat schlägt uns daher vor, unsere Gemeindeordnung wie folgt zu ändern:

Die neue Ziffer 12 soll folgendermassen lauten:

"dauernde signalisierte respektive markierte Verkehrsanordnungen auf Gemeindestrassen, die eine Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit bezwecken, unabhängig von der Ausgabenhöhe."

Für das Inkrafttreten einer Teilrevision bedarf es grundsätzlich einer ausdrücklichen Bestimmung. Aus diesem Grund ist die GO mit einem zusätzlichen Absatz bei Art. 49 betreffend das Inkrafttreten von Teilrevisionen zu ergänzen. Diese Bestimmung wird auch für alle zukünftigen Teilrevisionen gelten und soll folgendermassen lauten:

Verweist auf die entsprechende Folie in der Powerpoint-Präsentation und fordert das Publikum zum Lesen auf.

"2 Der Stadtrat setzt Änderungen dieser Gemeindeordnung jeweils nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft."

Ein Beschluss des Gemeinderates über diese Änderung der Gemeindeordnung hat bis zum 18. Juni 2025 zu erfolgen.

Die Abklärungen der GRPK

Für die GRPK war die Ausgangslage sehr klar, auch dank dem intensiven Austausch mit dem Stadtrat im Vorfeld. Dafür möchte ich im Namen der GRPK dem Stadtrat auch ganz explizit und herzlich danken.

Die Mehrheit der GRPK lehnt den Inhalt der Umsetzung aus den gleichen Gründen weiterhin ab, wie sie schon die Initiative ablehnte. Dazu gehören beispielsweise ein massiv steigender administrativer Aufwand und hohe Kosten für die Umsetzung. Für diese Mehrheit droht hier ein grosser, teurer bürokratischer Mehraufwand mit wenig demokratischem Mehrnutzen. Der Status Quo funktioniert aus Sicht der Mehrheit absolut zufriedenstellend und sie sieht, inhaltlich, keinen Handlungsbedarf.

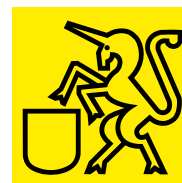
Die Minderheit der GRPK begrüsst aus denselben Gründen wie die Initianten den Inhalt der Umsetzung wie auch der Initiative selbst. Ich verzichte hier auf die Wiederholung aller Argumente für und gegen den Inhalt der Initiative.

Ich komme jetzt allerdings zum springenden Punkt, was wir heute zu beschliessen haben.

Einerseits ist sich die GRPK darin einig – einstimmig – dass der Umsetzungsvorschlag des Stadtrates dem Inhalt der Initiative entspricht und damit deren Ziel erreicht werden kann.

Die Mehrheit der GRPK, welche den Inhalt zwar ablehnt, gewichtet in der abschliessenden Beurteilung den Volkswillen allerdings massiv höher als die inhaltliche Ablehnung. Wir haben mit dem Entscheid vom 18. Juni 2023 einen klaren Volkswillen, der der Initiative zugestimmt hat. Würden wir jetzt im Parlament den Umsetzungsvorschlag ablehnen, der notabene rechtlich umsetzbar und dem Willen der Initiative entspricht, so würden wir dem Souverän nicht nur die Möglichkeit nehmen, über die konkrete Umsetzung entscheiden zu können, sondern würden den Volkswillen vom 18. Juni 2023 grundsätzlich ignorieren.

Aus demokratie- und staatspolitischen Überlegungen ist also mit einer Zustimmung zu diesem Beschluss heute im Gemeinderat sichergestellt, dass die Bevölkerung noch einmal Stellung nehmen kann zur Änderung der Gemeindeordnung und damit der konkreten Umsetzung der Initiative.



Antrag der GRPK

Im Beschlussdispositiv des Stadtrates fehlt die Erwähnung der notwendigen Änderung von Artikel 49. Daher beantragt die UK den Beschluss des Gemeinderates nach Rücksprache mit dem Stadtrat wir folgt anzupassen:

Der Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen!" und somit der Ergänzung einer neuen Ziffer 12 in Art. 17 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf wird zugestimmt.

Zum Gesamtgeschäft beantragt ihnen die GRPK inkl. Der Änderung des Beschlussdispositiv Zustimmung."

Roger Gallati (FDP), Gemeinderatspräsident, Hinweis für das Protokoll

"Der Änderungsantrag betrifft eine zusätzliche Ergänzung von Art. 49 GO um Abs. 2, welcher folgende Wortlaut haben soll: "Der Stadtrat setzt Änderungen dieser Gemeindeordnung jeweils nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft."

Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

"Ich möchte im Namen des Stadtrates der GRPK für die wohlwollende und gründliche Prüfung des Geschäfts danken.

Die Initiative wurde in Form einer allgemeinen Anregung im Sommer 2023 in der Abstimmung vom Volk angenommen.

Der Stadtrat stellte den Fraktionen den Entwurf der Umsetzungsvorlage zwei Mal an einem runden Tisch war. Sämtliche Fraktionen am runden Tisch haben Ihre Zustimmung signalisiert. Somit sollte das Geschäft hier im Rat unbestritten sein.

Mit dem Antrag der GRPK betreffend einem neuen Absatz 2 in Art. 49 ist der Stadtrat ebenfalls einverstanden. Aufgrund der obgenannten Ausführungen dankt Ihnen der Stadtrat für Ihre Zustimmung."

Patrick Walder (SVP), Vertreter des Initiativkomitees

"Es freut mich im Namen des Initiativkomitees das Wort ergreifen zu dürfen.

Wie Sie alle wissen, wurde die Initiative unter anderem ergriffen, nachdem der Stadtrat im Zentrum Dübendorf kurz vor der Abstimmung über das grossflächige Tempo 30 in Dübendorf Tempo 30 eingeführt hat.

Nach Ansicht der Initianten war dies nicht akzeptabel, sodass die Mitsprache der Bevölkerung in diesem Thema gestärkt werden musste. Die Bevölkerung folgte der Meinung der Initianten mit 54.23%. Mit der Umsetzung der angenommenen Initiative soll nun ermöglicht werden, dass langfristige Temporeduktionen auf kommunalen Strassen einen referendumsfähigen Beschluss des Parlaments benötigen. Dies wiederum gibt der Bevölkerung die Möglichkeit Temporeduktionen zur Abstimmung zu bringen. Weiter bietet dieses Vorgehen die Chance Temporeduktionen vertieft zu diskutieren, was gerade hinsichtlich der Einführung im Zentrum nötig gewesen wäre. Längst ist es nicht mehr nur die SVP, welche mit den damit zusammenhängenden Massnahmen, wie der Abbau von Fussgängerstreifen oder den Rechtsvortritt, kritisieren.

Nun möchte ich aber im Namen des Initiativkomitees vor allem den Dank aussprechen. Den Dank an den Stadtrat für den sehr guten Umsetzungsvorschlag und auch den Dank an die zustimmenden Parteien. Es ist ein grosses Zeichen für die direkte Demokratie, wenn der Stadtrat wie auch die demokratischen Parteien das Verdikt des Volkes akzeptieren und nun der Umsetzung zustimmen.

Ich möchte auch betonen, dass das, was die SVP gesagt hat, sie auch halten wird. Wir werden nicht per se gegen jede Vorlage betreffend Tempo 30 stimmen, wie wir es auch bereits bewiesen haben. Es wird aber solche geben, welche wir im Parlament bekämpfen und es wird wahrscheinlich auch welche geben, welche wir vors Volk bringen werden, wenn dies von unserer Basis gewünscht ist.



Abschliessend hegen wir die Hoffnung, dass die kooperative Haltung des Stadtrats und der anderen Parteien bei dieser Vorlage, auch bei zukünftigen Vorlagen erwartet werden darf. Sprechen Sie, lieber Stadtrat, somit weiterhin nicht nur mit den Befürwortern, sprechen Sie auch mit uns, dann finden wir sinnvolle Lösungen."

Diskussion

Julian Croci (Grüne)

"Zuerst möchte ich zwei Richtigstellungen anbringen: Als Mitglied der GRPK habe ich der Umsetzungsvorlage nicht zugestimmt. Der Umsetzungsvorlage wurde also nicht einstimmig zugestimmt, wie dies vorhin im Kommissionsvotum behauptet wurde. Zweitens: Auch beim erwähnten runden Tisch Verkehr, welcher vom Stadtrat André Ingold erwähnt wurde, haben die Grünen keine Zustimmung signalisiert.

Worum es aber eigentlich geht: Ich vertrete heute ein bisschen die Haltung der 45% der Stimmbevölkerung, welche diese Initiative von Anfang an abgelehnt hat, weil es ein Bürokratiemonster ist. Es ist wahr, was gesagt worden ist: Wir haben den Volksauftrag, diese Initiative umzusetzen. Die Umsetzungsvariante, wie sie der Stadtrat vorschlägt, ist den Grünen aber zu restriktiv, zu sehr Bürokratiemonster. Wie im Votum der Initianten schon angedeutet wurde, ging es ihnen um die grossflächigen Tempo 30-Zonen, um jene also, die wirklich einen Einfluss haben. Man hätte hier also durchaus einen Balanceakt finden können zwischen „Jede Kleinststrecke Tempo 30 muss referendumsfähig durch den Gemeinderat.“ und „Das Volk kann gar nicht mitbestimmen bei wirklich einschneidenden Tempo 30-Zonen“.

Wir haben es bereits beim Zwicky Areal gesehen, was diese 20 Meter ausmachen können. Mit dem runden Tisch, mit den Verhandlungen in der GRPK, mit all dem Geld, das für die Bürokratie bereits verbraucht wurde, hätte man wahrscheinlich nicht nur ein Schild montieren, sondern auch den ganzen betreffenden Strassenabschnitt sanieren können. Zudem ist es ein Mehraufwand, der die Behörden in Dübendorf, die sowieso genug zu tun haben, belastet.

In Zeiten von Leistungsüberprüfung und dem Willen der Stadt, überall so günstig und effizient wie möglich zu sein, wollen wir hier noch mehr Geld zum Fenster herauswerfen? Und warum eigentlich? Diese Verschwendung von Ressourcen lehnen wir ab und hätten eigentlich gehofft, dass der Stadtrat einen Gegenvorschlag findet, welcher zum einen dem Volkswillen entspricht, andererseits ausarbeiten aber verhindert, dass es zur Geldverjubelung kommt. Wir würden eigentlich aus dasselbe von den Fraktionen erwarten, vor allem von denjenigen Fraktionen, die sich mit so viel Verve dafür einsetzen, dass die Bürokratie kleingehalten wird und die Staatsfinanzen schlank bleiben. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass man diese Umsetzungsvorlage heute ablehnt und an den Stadtrat zurückweist, damit dieser nochmals eine Chance erhält, eine Umsetzungsvorlage auszuarbeiten, welche diese Austarierung besser hinbekommt."

Stefan Angliker (FDP)

"Die inhaltliche Haltung der FDP-Fraktion zu diesem Geschäft hat sich seit der Beschlussfassung über die Initiative im Februar 2023 nicht verändert. Wir sind immer noch der Ansicht, dass die Kompetenz für die Anpassung des Temporegimes auf stadt-eigenen Strassen beim Stadtrat liegen soll. Wenn jetzt künftig der Gemeinderat über jedes Geschäft dieser Art beschliessen soll, werden nur zusätzliche Kosten generiert. Der Stadtrat bzw. die Verwaltung müssen das Geschäft für den Gemeinderat aufbereiten. Die GRPK muss das Geschäft vorberaten, der Gemeinderat darüber befinden und im Extremfall gibt es auch eine Referendumsabstimmung. Es ist anzunehmen, dass die Kosten für die Bearbeitung eines Geschäftes zur Temporeduktion im Parlament die tatsächlichen Realisierungskosten deutlich übersteigen dürften. In Anbetracht der Tatsache, dass uns der Stadtrat das Budget 2025 mit einem Minus von Rund 5 Millionen Franken unterbreitet und auch die Aussichten für die Folgejahre eher trüb sind, müssen wir uns fragen, ob wir wirklich noch mehr finanziellen Aufwand für unsere Behörden, also für den Stadtrat und Gemeinderat, generieren wollen. Aus unserer Sicht ist die Einbindung der Bevölkerung bei Verkehrsmassnahmen auch ohne die



Kompetenzverlagerung vom Stadtrat und Gemeinderat gewährleistet. Der Stadtrat führt regelmässig Veranstaltungen zu Verkehrsthemen durch, bei denen sich die Einwohnenden auch einbringen können. Es gäbe also folglich genügend Argumente, die vorliegende Umsetzungsvorlage abzulehnen. Da die ursprüngliche, als allgemeine Anregung formulierte Initiative an der Urne angenommen wurde ist die FDP aber der Ansicht, dass die Stimmbevölkerung auch bei der Umsetzungsvorlage das letzte Wort haben soll. Wir stimmen dem Geschäft darum aus ordnungspolitischen Überlegungen zu, lehnen es aber inhaltlich weiterhin ab."

Rico Eberle (glp/GEU)

"Am 6. Februar 2024 haben wir hier im Rat die Volksinitiative beraten. Wir von der GEU/glp haben damals schon klar zum Ausdruck gebracht, dass wir uns keine zusätzlichen bürokratischen Hürden bei der Verkehrssicherheit wünschen. Inhaltlich betrachtet wird uns dieses Geschäft sehr viele zusätzliche Stunden in der Beratung, Vorbereitung und Beschluss der Geschäfte bescheren. In Dübendorf ist das Zeit, die wir besser in die Entwicklung unserer Stadt und die Lösung realer Probleme investieren sollten.

Bereits liegen uns erste Geschäfte vor, bei der sich die Initianten beweisen können. Wenn eine Petition zu Tempo-30 im Gfenn eingereicht wird, dann hat doch in diesem Fall das Volk «mitbestimmen» wollen – oder nicht? Habe ich doch gehört heute Abend, dass bestimmte Vertreter:innen besonders gut verstehen, was das Volk will.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen – wir sind (fast) alle keine Verkehrsplaner:innen und als Milizparlament sollten wir uns auch nicht im Detail mit Fragen befassen, welche von den Fachexperten und -expertinnen bereits ausreichend beantwortet wurden.

Die GEU/glp stimmt diesem Geschäft zu – aus dem Grund, dass somit dem Volkswillen aus der ersten Abstimmung entsprochen werden kann. Unser JA heute Abend ist aber auf keinen Fall ein Garant dafür, dass wir auch eine Ja-Parole bei einer allfälligen Umsetzungsabstimmung fassen werden.

Die Umsetzung der Initiative liegt uns nun vor – trotz allem bleibt uns nur festzuhalten: Sie ist unsinnig und führt zu ganz ganz viel teurer Bürokratie."

Christian Gross (SP)

"Letzten Sommer haben 54% der Dübendorfer und Dübendorferinnen der Initiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen" zugestimmt. Dies anerkenne ich natürlich. Ich oder die SP anerkennen aber auch dass entsprechend logisch zwingend, 46% der Bevölkerung die Initiative abgelehnt haben. Und vor allem: etwas anerkennen und etwas gutheissen sind zwei Unterschiedliche Sachen. Vor einem Jahr hat die SP die Nein-Parole für diese Abstimmung herausgegeben und die Gründe für diese Haltung haben sich überhaupt nicht geändert. Es grenzt einfach fast an Willkür, wenn für eine spezifische Art von Entscheid, die sonst bewährte Art von Zusammenarbeit zwischen Exekutive, Legislative und dem Souverän dann über den Haufen geworfen wird. Dies galt letztes Jahr und es gilt heute Abend genauso. Man kann sogar sagen, die Gründe sind fast noch zahlreicher geworden, weil wir bereits einen Vorgeschmack auf die Umsetzung dieser Initiative bekommen haben. Wir haben letzten Monat doch etwas seltsame Auswüchse beobachten können, wo wir für ein Mini-Projektlein, das nicht nur unbestritten, sondern ich würde sogar sagen quasi unbestreitbar gewesen war, einen referendumsfähigen Beschluss fassen mussten. Auch in der Kommission spürt man die Mehrarbeit, die dies bedeuten wird, bereits deutlich. Kurz gesagt: für die SP gibt es einfach keine Gründe, um ihre Position zu ändern. 46% der Bevölkerung haben "nein" gesagt zu dieser Initiative und auch diese 46% dürfen da im Rat vertreten werden. Darum wird die SP heute Abend "nein" sagen."

Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Ich halte mich kurz: Auch die Mitte/EVP hat die Initiative im Gemeinderat abgelehnt. Der Stimmbürger hat sie angenommen. Dementsprechend werden wir auch heute zustimmen, damit



diese Vorlage vom Stadtrat, die das Anliegen vom Stimmbürger aufnimmt, vor Volk kommt. Auch bei uns ist es so, dass sich unsere Meinung diesbezüglich nicht geändert hat."

Thomas Meier (glp/GEU)

"Lieber Julian, ich möchte mich in aller Form bei dir entschuldigen. Offenbar ist mir in der Vorbereitung fürs Votum für heute Abend und in der Recherche ein Fehler unterlaufen. Wir haben viele Geschäfte, die in der GRPK laufen. Ich möchte mich aber nicht herausreden. Wir waren nur bezüglich der Änderung einstimmig, in der Schlussabstimmung waren wir aber nicht einstimmig. Dafür möchte ich mich entschuldigen. Das nächste Mal wieder korrekt."

Nicole Zweifel (glp/GEU)

"Etwas stösst mir etwas sauer auf, und zwar: mit der Abstimmung zu dieser Initiative "Mitbestimmen beim Verkehr" müssen wir doch sagen: "Ah, die SVP. Das war wieder einmal eins ihrer perfekten PR-Coups." Die Bevölkerung hatte keinen Plan, was sie da abstimmt. Denn wer will schon nicht mitbestimmen beim Verkehr? Es war wunderbar verschleiert. Und vorhin haben wir gehört, dass die SVP möchte eine funktionierende Demokratie, keine "Buebetrickli", dass der Volkswille akzeptiert wird, keine gewerbefeindlichen Ideen und ein Dialog mit der Bevölkerung. Die Umsetzung der Initiative muss jetzt für die Abstimmung auch ganz konkret heissen: "Umsetzungsvorlage für mehr Bürokratie und mehr Steuergeldverschwendung". Das passt nämlich überhaupt nicht mehr zusammen zu dem, was ihr vorhin gesagt habt. Und ich hoffe, dass die Bevölkerung merkt, dass sie einen solcher Schildbürgerstreich ablehnen muss und dass es doch nicht das war, was sie gerne gehabt hätten."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) weist darauf hin, dass gemäss Fraktionsvotum von Julian Croci (Grüne) unklar sei, ob eine Zurückweisung oder eine Ablehnung des Geschäfts seitens der Fraktion verlangt werde. Ohne eine entsprechende weitere Wortmeldung der Fraktion der Grünen gehe er davon aus, dass kein Rückweisungsantrag vorliege.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Änderungsantrag

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK zur Ergänzung eines neuen Absatzes 2 in Art. 49 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf mit 38 zu 0 Stimmen an.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der Gemeinderat der Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen" unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung und somit zur Ergänzung einer neuen Ziffer 12 in Art. 17 sowie eines neuen Absatzes 2 in Art. 49 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf mit 29 zu 8 Stimmen zu. Der Stadtrat wird somit mit dem weiteren Vollzug dieses Geschäftes beauftragt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Der Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative "Mitbestimmen bei Temporeduktionen!" und somit der Ergänzung einer neuen Ziffer 12 in Art. 17 sowie eines neuen Absatz 2 in Art. 49 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf wird zugestimmt.



2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

5. Projektierungskredit Sanierung und Erweiterung Schulanlage Gockhausen GR Geschäft Nr. 22/2024

Rafa Tajouri (FDP), Sprecher der Kommission für Schulgeschäfte

Formelle Prüfung

"Der Antrag der Primarschulpflege vom 12. März 2024 ist verständlich formuliert und vollständig. Der KSG standen umfangreiche Unterlagen zur Prüfung des Antrages Verfügung. Erwähnenswert ist hier auch die Begehung vom Schulhaus, bei der das Projekt erklärt wurde.

Inhalt des Antrags

Das Schulhaus Gockhausen wurde 1963 erbaut und besteht aus einem zweigeschossigen Hauptgebäude mit Turnhalle und einem Pavillon, der 2005 hinzugefügt wurde. Wir haben noch ein paar Slides vorbereitet.

Hier sieht man das Schulhaus und der Vorbau mit dem Pavillon würde sich auf der rechten Seite befinden:



Abbildung von GXM Architekten GmbH

Im Laufe der Jahre wurde das Schulgebäude überbeansprucht, was zu räumlichen Defiziten führte. Freie Räume werden als Lager- und Unterrichtsflächen genutzt, und der Platz für die Musikschule reicht nicht aus, weshalb externe Räume angemietet werden müssen. Zudem besteht ein hoher Sanierungsbedarf der Turnhalle.



Aufgrund der städtebaulichen Veränderungen im Quartier Gockhausen wird eine zusätzliche Kindergartenabteilung ab Schuljahr 2023/24 eröffnet, sodass in Gockhausen gesamthaft drei Kindergartenabteilungen geführt werden. Die Schülerinnen und Schüler werden in sechs Klassen eingeteilt. Ohne Erweiterung der Schulanlage fehlen die in den Empfehlungen von Schulbauten aufgelisteten Nebenräume wie z. B. Gruppenräume für Schule und Kindergarten, Singsaal und Materialräume. Im Betreuungsbereich ist die Kapazität für die momentane Belegung von 44 Plätzen erreicht und für den zukünftigen Bedarf von 80 Plätzen benötigt es zusätzliche Räume. Der Bedarf errechnet sich aus dem Durchschnitt von den drei meistbesuchten Modulen.

2019 bewilligte der Gemeinderat einen Planungskredit zur Durchführung eines Architekturwettbewerbs, den das Projekt „ARKADIA“ gewann. Wir können gerne zu Slide Nummer 2 weitergehen.

Wir sehen hier ein Modell von diesem Projekt:



Abbildung von GXM Architekten GmbH

Wir können auch Slides Nummer 3 und 4 durchgehen, um die Visualisierungen zu sehen.



Das ist aus Sicht vom Pausenplatz, wo der Neubau in der Mitte wäre:



Abbildung von GXM Architekten GmbH

Die zwei Stockwerke aus Sicht der Sportwiese:



Abbildung von GXM Architekten GmbH

2023 stellte die Primarschulpflege Dübendorf einen Antrag für die Projektierungsphase. In der politischen Diskussion wurde entschieden, die Erneuerung des Schulhauses und den Neubau prioritär zu behandeln, die Turnhalle nur instand zu setzen und den Ausbau des Kindergartens sowie Umgebungsarbeiten zu verschieben.

Die Raumdefizite werden durch den Neubau behoben. Dadurch kann auch die hindernisfreie Erschliessung sämtlicher Räume ermöglicht werden. Das bedarfsgerechte Angebot für die Betreuung wird am Standort Gockhausen erreicht. Die Qualitäten der bestehenden Bauten werden bestmöglich



erhalten und erneuert. Gezielte Nutzungsanpassungen ermöglichen einen zeitgemässen Schulbetrieb. Durch die Verbesserung der Energieeffizienz werden die energiepolitischen Ziele erreicht und mit dem Ersatz der fossilen Wärmezeugung durch eine Erdsondenwärmepumpe und der Installation von Photovoltaikanlagen werden die Betriebskosten gesenkt. Durch das Projekt reduzieren sich auch die Instandhaltungskosten und die Mietkosten von angemieteten Schulraum für die Musikschule entfallen. Langfristige Ausbaureserven bleiben erhalten.

Mit der Erneuerung und Erweiterung der Schulanlage Gockhausen will die Primarschule Dübendorf die Schulanlage für die derzeitige und kommende Nutzung instandsetzen, erneuern und erweitern. Dadurch können die ausgewiesenen Flächendefizite aufgenommen werden. Es soll die Zuteilung aller in Gockhausen wohnhaften Schülerinnen und Schüler möglichst gewährleistet werden, da kein anderes, gut erreichbares Schulhaus zur Verfügung steht.

Die Primarschulpflege beantragt deshalb dem Gemeinderat, für die Projektausarbeitung zur Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Gockhausen einen Kredit von CHF 1'320'000 (Index vom April 2023 inkl. MWST 8.1%) zuzustimmen. Die Kapitalfolgekosten – basierend auf dem Handbuch des Gemeindeamtes für HRM2 – werden auf CHF 66'400 geschätzt (Abschreibung über 33 Jahre CHF 40'000; Kreditverzinsung zu 2% ab dem Zeitpunkt der Genehmigung CHF 26'400).

Getroffene Abklärungen der UK

Nach dem Studium der umfangreichen Materialien trug die UK eine Liste mit weiterführenden Fragen zusammen. Die Primarschulpflege beantwortete diese zeitnah und umfassend, so dass die UK beschloss, dass keine weiteren Abklärungen oder Fragen an die Primarschulpflege nötig sind.

Fazit

Die Unterlagen, welche die KSG erhalten hat, sind vollständig und transparent. Wir möchten uns bei der Primarschulpflege für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Das Schulprojekt Gockhausen stellt sich als ein durchdachtes, verhältnismässiges und zukunftsgerichtetes Vorhaben dar. Es verzichtet auf unnötigen Luxus und konzentriert sich auf die wesentlichen Aspekte einer modernen Schulanlage. Die Entscheidung, die bestehenden Gebäude zu erneuern und gleichzeitig Raum für zukünftige Erweiterungen zu ermöglichen, zeugt von einer sinnvollen und nachhaltigen Planung.

Besonders hervorzuheben ist die wirtschaftliche und ökologische Herangehensweise, die das Projekt verfolgt. Anstatt die Turnhalle oder den erst 2005 erstellten Pavillon vollständig zu renovieren oder neu zu bauen, werden diese lediglich in einem sinnvollen Rahmen modernisiert. Diese Entscheidung unterstreicht den pragmatischen Charakter des Vorhabens, das sich klar auf die Notwendigkeiten konzentriert, ohne übermässige Ressourcen zu verbrauchen.

Das Sanierungsprojekt Gockhausen geht gezielt auf die aktuellen Bedürfnisse der Schule ein, gleichzeitig bleibt Raum für mögliche zukünftige Erweiterungen, sollte der Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt entstehen.

Die detaillierte Planung, die sich an den SIA-Normen orientiert, zeigt, dass das Projekt auf einer soliden Grundlage steht, was in der Ausführung das Risiko von unvorhergesehenen Zusatzkosten reduzieren sollte.

Insgesamt stellt das Schulprojekt Gockhausen eine zukunftsorientierte und durchdachte Lösung dar, die sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll ist und gleichzeitig Raum für zukünftige Entwicklungen bietet.



Antrag der Unterkommission

Die UK empfiehlt einstimmig, dem Antrag der Primarschulpflege zuzustimmen."

Stellungnahme Stadtrat, Präsidentin Primarschulpflege Susanne Hänni (glp/GEU)

"Vielen Dank an die Mitglieder der KSG für die detaillierte Prüfung des Geschäfts und dass sie sich Zeit genommen haben, um die Schulanlage vor Ort zu besichtigen.

Die Vorlage «verhebt» in mehrfacher Hinsicht. Im Austausch mit dem Stadtrat hat die Primarschulpflege eine Lösung erarbeitet, welche den **Erneuerungsbedarf** der Anlage berücksichtigt, die Erweiterung sinnvoll in den **Bestand** integriert, die stark steigenden Zahlen vor allem auch bei der **ausserschulischen Betreuung** aufnehmen kann und innerhalb des **Finanzplanes** umsetzbar ist. Damit kann die Schulanlage schrittweise fit gemacht werden für die nächsten 40 bis 50 Betriebsjahre. Übrigens, dies hat sich nach dem gewonnenen Architekturwettbewerb herausgestellt, stammt die Mitinhaberin des Architekturbüros, welches diesen sehr gelungenen Projektvorschlag vorgelegt hat, Alexandra Gübeli, aus Dübendorf, was uns natürlich sehr freut."

Diskussion

Alexandra Freuler (SP)

"Das Wachstum unserer Gemeinde bedingt, dass eine weitere Schulanlage den neuen Gegebenheiten angepasst werden muss. Dies betrifft aktuell die Schule Gockhausen, welche einer Sanierung und Erweiterung bedarf. Dafür entstand das Projekt «Arkadia», das aus einem Architekturwettbewerb als Gewinner hervorging. Mein Vorredner Rafa Tajouri, Leiter der UK, der KSG hat uns dieses vorhin vorgestellt.

Die Fraktion der SP teilt die Beurteilung der KSG, dass es sich bei dem Schulprojekt um ein vernünftiges Bauvorhaben handelt, welches auch die Zukunft der Schule in Gockhausen im Blick hat. Gut zu wissen, dass die Anpassungen an die aktuellen Bedürfnisse dieser Schule auch mögliche zukünftige Erweiterungen in die Überlegungen einbeziehen. Speziell wichtig erachten wir, dass bei der Modernisierung auch die Bedürfnisse gehbehinderter Personen berücksichtigt werden, was die Möglichkeiten der Inklusion verbessert. Auch die Erneuerung des Kindergartens an die heutigen Bedürfnisse solcher Einrichtungen und die marginalen Änderungen bei der Turnhalle werden von der SP positiv bewertet. Speziell betonen wollen wir die Anpassungen, welche die verbesserte Nutzung des erst 2005 erbauten Pavillons ermöglichen.

Dass ein Schulgebäude aus dem Jahr 1963 eine Erneuerung benötigt, steht für die Fraktion der SP ausser Frage. Auch Eltern, welche mit ihren Kids der öffentlichen Schule treu bleiben, sollen in Dübendorf die Gewissheit haben, dass ihre Kinder in einer adäquaten Umgebung lernen können. Dies unterstützt nicht zuletzt auch den nicht monetären Wert der öffentlichen Schulen in unserer Stadt.

Die Fraktion der SP erachtet das Projekt als ausgereift und wird dem Kreditantrag der Primarschulpflege zur Projektausarbeitung zustimmen."

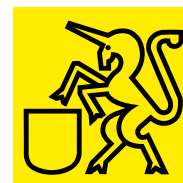
Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Primarschulpflege und KSG zum Projektierungskredit von Fr. 1'320'000.00 (Index vom April 2023 inkl. MwSt. 8.1%) für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Gockhausen gemäss vorliegendem Antrag mit 39 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst



1. Der Projektausarbeitung zur Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Gockhausen, wird ein Kredit von Fr. 1'320'000.00 (Index vom April 2023 inkl. MwSt. 8.1%) zugestimmt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

8. **Interpellation Daniel Burkhardt und 2 Mitunterzeichnende "Optimierung von Baueingabeprozessen in Dübendorf"** **GR Geschäft Nr. 40/2024**

Daniel Burkhardt (SVP)

"Wir haben die Interpellation zur Optimierung von Baueingabenprozessen eingereicht, weil wir überzeugt sind, dass wir als Gemeinde in diesem Bereich massig Potential zur Verbesserung haben und wir haben gehofft, dass die Verwaltung den Ball gerne aufnimmt, und selbstkritisches Potential aufzeigt.

Doch die Antwort vom Stadtrat lässt leider zu wünschen übrig, und es dünkt mich, es ist ein bisschen Programm, dass man die Fragesteller mit einfachen Antworten abtut, anstatt darauf einzugehen, was gewünscht wird, und sich Gedanken darüber zu machen.

Statt auf konkrete und praktikable Massnahmen zur Effizienzsteigerung einzugehen, verweist der Stadtrat langatmig auf kantonale Vorgaben und rechtliche Details. Aber darum geht es nicht. Unsere Bürger und die Bauherren erwarten keine juristischen Abhandlungen, sondern Klarheit, Vereinfachungen und Tempo in den Verfahren und der Verfahrensabwicklung. Dübi braucht Lösungen und keine theoretischen Erklärungen.

Ein wichtiger Punkt der Interpellation war zudem die Unabhängigkeit von unseren Baugremien. Die Stadtbildkommission und der Bauausschuss sind beide dem gleichen Vorsteher unterstellt - aus meiner Sicht ist das eine klare Einladung für Interessenskonflikte. Und anstatt Lösungen zu finden, verweist der Stadtrat auf eine Struktur, die die politische Realität widerspiegelt. Aber die Realität, an der wir arbeiten sollten, ist eine transparente und unparteiische Baubehörde, die im Sinne des Bürgers handelt - ohne Hintertüren.

Auch die persönliche Freiheit der Eigentümer scheint für den Stadtrat eher ein nachrangiges Thema zu sein. Ich hätte erwartet, dass man uns aufzeigt, was man macht, um unnötige Hürden abzubauen und die Entscheidungsfreiheit von unseren Bürgern hochzuhalten und zu sichern. Stattdessen kommt man auch da mit einer sehr defensiven Haltung daher, nach dem Motto "wir machen ja schon genug" sorry, aber das reicht uns nicht.

Ich freue mich darüber, dass Dübendorf bei der Digitalisierung von Baueingaben vorne mit dabei ist. Aber auch bei dieser Frage bleibt der Stadtrat vage und unverbindlich. Wir brauchen einen klaren Zeitplan und eine konsequente Umsetzung, und nicht einen Verweis auf die dreijährige Übergangsfrist und einen noblen Wunsch, bis Ende 24 bereit zu sein "so Gott will"

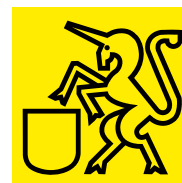
Zusammengefasst: Die Antworten vom Stadtrat sind formell, abwägend und zeigen wenig Entschlossenheit. Wir wünschen uns pragmatische Ansätze, die die Bedürfnisse der Bürger und Bauherren in den Mittelpunkt stellen und die Dübi voranbringen. Dann sinken nämlich auch die Mieten."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Damit ist das Geschäft Nr. 40/2024 abschliessend behandelt.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.



Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)

Das Büro des Gemeinderates hat entschieden, eine zusätzliche Gemeinderatssitzung am 2. Dezember 2024 anzusetzen. Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 18. November 2024 die Traktandenliste der Gemeinderatssitzung vom 2. Dezember 2024 festlegen. Die Traktandenliste der Gemeinderatssitzung vom 9. Dezember 2024 wird das Büro des Gemeinderates spätestens am 25. November 2024 beschliessen.

Damit ist die 24. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20:42 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Friederike Häfeli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Roger Gallati
Gemeinderatspräsident